

Stand: 24.06.2026 06:35:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - Wahlfreiheit G 9/G 8"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13 vom 14.10.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 4 vom 24.10.2013
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/519 des BI vom 30.01.2014
4. Beschluss des Plenums 17/602 vom 05.02.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014



Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – Wahlfreiheit G 9/G 8

A) Problem

Mit der u.E. überstürzten Einführung des G 8 im Jahr 2003 waren Regierung, Fraktionen, Lehrerschaft und insbesondere die Bürger – zuvörderst Eltern und Schüler – völlig überrascht. Das „neue“ Gymnasium wurde übereilt, ohne vorhandene Lehrpläne und Lehrbücher, umgesetzt und erzeugte bei den Betroffenen viel Unmut. Der übergroße Zeit- und Lerndruck, der auf den Schülern lastete, die zusätzlichen, nicht vorhersehbaren Lasten, die Eltern und Lehrerschaft unvorbereitet trafen, wirken bis heute nach und haben dem sog. G 8 einen denkbar schlechten Start verschafft. Bis heute ebbt aber die Kritik nicht ab. Trotz inzwischen zehnjähriger Nachbesserungsphase sind viele Betroffene von dem Modell nicht überzeugt und von den vielen Reformen ermüdet. Das G 8 mit seinem stark verdichteten Lernen bleibt für viele ein defizitäres Gymnasium, das sie weiter kritisieren bzw. ablehnen.

B) Lösung

Art. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) wird dahingehend geändert, dass neben der seit 2003 bestehenden achtjährigen Gymnasialzeit (G 8) auch die Möglichkeit einer neunjährigen Gymnasialzeit (G 9) in Bayern eingeführt wird.

Das G 8 soll zwar weiterhin erhalten bleiben, die Schulen sollen aber die Möglichkeit bekommen, nach einer Entscheidung des jeweiligen Schulforums wieder zu einer neunjährigen Gymnasialzeit zu wechseln oder beides (G 8 und G 9) an einer Schule anbieten zu können. Das neue G 9 soll eine Weiterentwicklung und nicht eine Rückkehr zum früheren neunjährigen Gymnasium sein. Es soll Mut zum Lernen machen. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, den Stoff bis zum Abitur „entschleunigt“ zu verinnerlichen. Es soll die Gelegenheit zu mehr individueller Förderung, besseren Wahlmöglichkeiten, nachhaltigem Lernen, aber auch mehr Raum für außerschulische Aktivitäten gegeben werden. So gibt es einen weiteren erfolgversprechenden Weg zum Abitur. Mehrere Optionen zu haben, ist für Schüler, Eltern und Lehrer gut.

C) Alternativen

Beibehaltung des defizitären Gymnasiums G 8.

D) Kosten

Die genauen Kosten für die Umsetzung sind noch nicht absehbar. Sie richten sich danach, wie viele Schulen von der Wahlmöglichkeit Gebrauch machen. Da das eingeführte Flexijahr wegfallen würde, kann diese Einsparungsmöglichkeit jedoch gegengerechnet werden.

Gesetzentwurf

§ 1

Art. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2013 (GVBl S. 465) wird wie folgt geändert:

1. Die Abs. 1, 2 und 4 erhalten folgende Fassung:

„(1) Das Gymnasium vermittelt seinen Schülerinnen und Schülern die vertiefte allgemeine Bildung, die für ein Hochschulstudium vorausgesetzt wird; es schafft auch zusätzliche Voraussetzungen für eine berufliche Ausbildung außerhalb der Hochschule.

(2) ¹Das Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 13 (so genanntes neunjähriges Gymnasium – G 9) bzw. 5 bis 12 (so genanntes achtjähriges Gymnasium – G 8). ²Es baut auf der Grundschule auf, schließt mit der Abiturprüfung ab und verleiht die allgemeine Hochschulreife.

(4) Für die Oberstufe gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Oberstufe umfasst die Jahrgangsstufen 11 bis 13 (G 9) bzw. 11 und 12 (G 8).

2. Die Leistungsbewertung wird durch Noten und durch ein Punktesystem vorgenommen.

3. Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst wird ermächtigt, das Nähere in der Schulordnung zu regeln; dies betrifft insbesondere die Gliederung in Einführungs- und Qualifikationsphase, die Einrichtung von Fächern und Seminaren, das Fächerangebot einschließlich der Wahlmöglichkeiten und Belegungsgrundsätze, die Leistungserhebung und -bewertung, die Voraussetzungen der Zulassung zur Abiturprüfung, die Bildung der Gesamtqualifikation und die Voraussetzungen für die Zuerkennung der allgemeinen Hochschulreife.“

2. Es wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) ¹Die Entscheidung darüber, ob ein Gymnasium ausschließlich als achtjähriges oder neunjähriges Gymnasium geführt wird, oder ob beide Formen parallel an einer Schule angeboten werden, trifft das Schulforum des jeweiligen Gymnasiums. ²Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst regelt das Nähere durch Rechtsverordnung.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Günther Felbinger

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr.

Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und

Unterrichtswesen - Wahlfreiheit G 9/G 8 (Drs. 17/13)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Der erste Redner ist Herr Professor Dr. Michael Piazolo. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war einmal vor ziemlich genau zehn Jahren, im November 2003, als Herr Ministerpräsident Edmund Stoiber genau von dieser Stelle aus eine Regierungserklärung gehalten hat. In dieser Regierungserklärung hat er sein erstes Wahlversprechen gebrochen und die Einführung der achtjährigen Gymnasialzeit ex cathedra von diesem Pult aus dekretiert. Dazu muss man wissen: Im Juni des gleichen Jahres, mitten im Wahlkampf, hat er den Lehrern versprochen: Wir bleiben beim G 9. Read my lips: Wir bleiben beim G 9. Drei Monate später hat er von diesem Pult aus den Schwenk zum G 8 vollzogen. Er hat sich sogar an die Spitze der Länder gesetzt und das G 8 nicht nur für die 5., sondern gleich auch für die 6. Klasse eingeführt. Er hat das Ganze unvorbereitet, unüberlegt und überfallartig eingeführt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bis heute leiden wir in der Bildungspolitik unter dieser Stoiberschen Wende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war ein Angriff auf bayerische Bildungsstandards. Heute verzeichnen wir im G 8 einen Anstieg bei den Krankheiten der Schüler. Wir sehen uns einem Abstieg Bayerns in den Ranglisten gegenüber. Das haben die letzten Tage bewiesen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ein guter Witz! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist traurige Realität!)

- Herr Abgeordneter, das ist kein guter Witz; das ist so. Inzwischen liegen alle ostdeutschen Länder vor Bayern. Sehen Sie sich das einmal an! Sie waren zwar eine Weile nicht da, - -

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Waschler (CSU))

- Ich war damals nicht da, aber ich habe mir die Zahlen angesehen. – Sprechen Sie einmal mit Schülern: Das große Problem ist die fehlende Nachhaltigkeit, Stichwort Bulimie-Lernen. Gott sei Dank gehört die Stoibersche Bildungspolitik der Vergangenheit an. Was bringt die Gegenwart? – Die Gegenwart bringt unser Gesetz: Ja zur Wahlfreiheit G 9/G 8. Das Modell überzeugt, und es ist auch bewährt. Baden-Württemberg, Hessen und andere Länder interessieren sich ebenfalls dafür. Das Modell besteht aus drei Komponenten:

Erstens, die Wahlfreiheit zwischen einem G 8 ohne Flexijahr mit mehr individueller Förderung und einem G 9, und zwar einem neuen G 9. Wir wollen nicht zurück zum alten G 9, sondern wollen ein G 9 mit einem neuen pädagogischen Konzept. Das Flexijahr – das weiß der Minister – wird nicht angenommen. Im Grunde genommen ist es ein Globuli der Gymnasialpolitik. Der Einzige, der ein Flexijahr genommen hat, ist der Ministerpräsident selbst. Er ist flexibel bei den politischen Bestimmungen; die anderen sind es weniger.

Zweitens wollen wir zwei Varianten, entweder die beiden Zweige G 8 und G 9 an einer Schule oder eine Entscheidung der Schulen entweder für das G 9 oder das G 8.

Drittens. Diese Entscheidung soll das Schulforum treffen. Wir wollen hier die Schulen in die Verantwortung nehmen.

Die Vorteile liegen auf der Hand: mehr Zeit zum Lernen, entschleunigtes Lernen, nachhaltiges Lernen und schülergerechtes Lernen. Wir erhalten mehr Individualität.

Jeder wählt die Form, die seinen Fähigkeiten entspricht. Wir erhalten mehr Autonomie. Die Entscheidung erfolgt für die und von den Gymnasien vor Ort statt mittels einer Fremdbestimmung durch die Ministerien. Und wir erhalten mehr Gerechtigkeit. Wir wollen das Stadt/Land-Gefälle abbauen. Die Übertrittsquoten liegen auf dem Land teilweise bei 25 % und in den Städten teilweise über 70 %. Ich sage Ihnen: Auf dem Land sind die Schüler nicht dümmer als in der Stadt. Auf dem Land sind nur die Verhältnisse schlechter. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollen wir abstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben nun die Chance, diesem Gesetz zuzustimmen. Im Übrigen – Sie wissen es – sind wir dabei, Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln. Die Bevölkerung wird Ihnen dann die Entscheidung aus der Hand nehmen.

Vielleicht noch ein Hinweis, auch an die Kollegen der SPD: Wir fahren ganz bewusst zweigleisig. Wir wollen ein politisches Ziel verfolgen. Das werden wir mit allen Mitteln tun, sowohl mit dem Volksbegehren als auch mit parlamentarischen Mitteln. Das haben wir im Gegensatz zu anderen bei den Studiengebühren auch so gemacht, und wir haben das Ziel erreicht.

Wie könnte die Zukunft aussehen? - Das Gesetz ist ein erster Schritt hin zu einem modernen gymnasialen Lernen im 21. Jahrhundert. Weitere werden folgen. Wir wollen das Lernen mit Freude und Erfolg. Wenn Sie uns folgen – dazu fordere ich Sie auf –, stellen Sie das Kindeswohl, das Wohl der Schüler in den Mittelpunkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für den Geschichtsausflug. Herr Piazolo, wir zwei waren zu dem Zeitpunkt nicht im Landtag. Insofern war das jetzt eine geschichtsträchtige Replik.

Wir diskutieren heute über den Gesetzentwurf, den die FREIEN WÄHLER eingebracht haben. Aus unserer Sicht hat sich das Gymnasium so, wie es jetzt läuft, bewährt. Sie wissen ja – die Mitglieder des Bildungsausschusses können Ihnen das berichten –, dass wir eine Anhörung hatten. Dabei wurde deutlich, dass keiner generell zum neun-jährigen Gymnasium zurück will, sondern dass die Fragestellungen anders lauten.

Wir haben den doppelten Abiturjahrgang 2011 erfolgreich gemeistert. Das war ein großer Kraftakt. An dieser Stelle gilt auch ein Dankeschön an den Minister, Ludwig Spaenle, der immer schnell reagiert hat, wenn es irgendwelche Fragen gab. Wenn Umstellungen stattfinden, gibt es natürlich immer Fragen. Deswegen wurde die Umstellung auch von einem Monitoring-Prozess begleitet. Es ging nicht darum, unzählige Nachbesserungen vorzunehmen, wie es immer wieder so schön heißt, sondern es ging darum, dort nachzjustieren und feinzjustieren, wo Fragestellungen auftraten.

Wir wollen mit unserem Angebot von der Systemstruktur-Diskussion weg. Wir wollen hin zu individuellem Lernen. Deswegen brauchen wir ein Frühwarnsystem und ein erweitertes Förderangebot mit Intensivierungsstunden, Blockstunden usw. und natürlich auch das Flexibilisierungsjahr.

Wir wollen in der Mittelstufe erreichen, dass die Kinder wirklich bei Bedarf ein Jahr länger Lernzeit in Anspruch nehmen können. Das macht Sinn, wenn wir nicht die Systeme im Blick haben, sondern den einzelnen Schüler. Unsere Idee ist, den einzelnen Schüler in den Blick zu nehmen.

Die FREIEN WÄHLER schlagen in dem Gesetzentwurf vor, Parallelstrukturen anzubieten, das heißt parallel ein G 9 und ein G 8. Das würde natürlich bedeuten, dass wir damit massiv Ressourcen binden und an dieser Stelle die Wahlfreiheit entsprechend einschränken.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das Flexi-Jahr bindet keine Ressourcen?
Hat jeder einen Privatlehrer?)

- Ich darf den Kollegen informieren – er sagt ja immer, dass er so für den ländlichen Raum eintritt –,

(Beifall bei der CSU)

dass die Befürchtung besteht, die Schulstruktur vor Ort würde dadurch gefährdet; denn wenn an einer Schule mehr angeboten wird, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass dort mehr Schüler hingehen. Deshalb besteht die große Gefahr, dass wir den Schülern vielleicht längere Fahrtwege zumuten, weil wir Schulen gefährden. Es macht natürlich überhaupt keinen Sinn, ein G 9 neben einem G 8 anzubieten. Die Idee eines neuen G 9 ist überholt. Das ist keine Weiterentwicklung, sondern an dieser Stelle ein Rückschritt.

Sehen wir uns die Abiturprüfungen dieses Jahres an: Wir wissen, dass 97 % der Schüler bestanden haben, und wir wissen, dass ein hoher Anteil sehr gut bzw. gut abgeschnitten hat. Das bedeutet also: Offensichtlich funktioniert unser Gymnasium.

Spannend finde ich, dass die FREIEN WÄHLER seit Mai Unterschriften für das Volksbegehren sammeln. Wenn dies ein großes Thema für die Bürgerinnen und Bürger wäre, hätte man durchaus relativ schnell genügend Unterschriften bekommen können. Man merkt: Dieser Gesetzentwurf geht an den Eltern, den Schülern und den Lehrern vorbei. Deswegen werden wir ihn auch ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Kollege Martin Güll von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wohl wahr, dass die Wählerinnen und Wähler entschieden haben und es zur abso-

luten Mehrheit gekommen ist. Es ist aber genauso wahr, dass die Kritik am G 8 nicht abebbt und dass vor allem die Eltern und die Lehrer, also die Akteure in den Schulen, bis zum heutigen Tag nicht mit dem zufrieden sind, was wir in Bayern mit dem Gymnasium machen. Deswegen ist es notwendig, an dem Thema dranzubleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, in Artikel 9 Absatz 4 Ihres Gesetzentwurfes ist ein wenig problematisch, dass Sie die Ausgestaltung des Gymnasiums ausgerechnet wieder dem Ministerium übertragen, von dem wir in den letzten zehn Jahren schon nichts hinsichtlich einer vernünftigen Umsetzung erwarten konnten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen also noch einmal darüber nachdenken, wie man dies ausgestaltet.

Insgesamt stelle ich fest: Man darf nicht wieder den Bock zum Gärtner machen. Wir müssen uns in den Parlamentsfraktionen und im Bildungsausschuss ausgiebig mit dem Gesetzentwurf und mit diesem Thema befassen und dann eine Entscheidung treffen, die den Schülerinnen und Schülern auch wirklich weiterhilft; denn für uns in der SPD-Fraktion stehen die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Wir wollen für diese ein pädagogisch modernes und gut aufgestelltes Gymnasium in Bayern entwickeln, und dazu stehen wir auch. Dies ist bisher mitnichten geschehen. Deshalb müssen wir ganz gezielt und ausführlich in diese Debatte einsteigen.

Ja, wir wollen auch eine individuelle Förderung, liebe Frau Kollegin Schreyer-Stäblein; ich habe gehört, dass Sie nicht mehr im Bildungsausschuss sind. Wir werden auf Ihre Ratschläge verzichten müssen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ich begleite Sie weiter; keine Sorge!)

Bestimmt kommt aber etwas nach, was uns in dieser Richtung weiterbringen wird. Wir wollen ein Lernen ohne Druck. Wir wollen ein Gymnasium, das Nachhaltigkeit und eine Vertiefungsmöglichkeit bietet. Wir nehmen nämlich sehr wohl zur Kenntnis, dass

uns gerade die Oberstufenlehrkräfte sagen: Das, was im Moment im bayerischen Gymnasium Richtung Abitur abgeht, hat nichts mehr mit dem früheren nachhaltigen, vertieften Arbeiten und der Studierfähigkeit zu tun. Gleiche Botschaften bekommen wir aus den Universitäten. Wir müssen uns also vor allem mit diesen inhaltlichen Fragen auseinandersetzen.

Die Laufzeit einer Schulform ist nicht das Entscheidende. Man kann in Bayern ein Gymnasium in acht Jahren durchlaufen; man kann es in neun Jahren durchlaufen. Wir sind diesbezüglich relativ leidenschaftslos, wenn die Inhalte stimmen. Aber auch Bayern ist keine Insel der Seligen. Wir haben Vorgaben der Kultusministerkonferenz. Diese KMK-Vorgaben weisen uns darauf hin, dass wir die Verdichtung der Unterrichtsstunden in der G-8-Version offensichtlich nicht vernünftig zustande bringen. Deshalb ist die Fraktion der SPD auf den Begriff der Wahlfreiheit des Gymnasiums der zwei Geschwindigkeiten gekommen,

(Beifall bei der SPD)

in dem wir das G 8, die verkürzte Form, als gebundene Ganztagschule anbieten wollen. So halten wir das tatsächlich für realisierbar. Ansonsten sind wir für die Entschleunigung in der neunjährigen Variante mit den notwendigen Veränderungen in der Pädagogik.

Für uns ist und bleibt entscheidend, wie das Gymnasium inhaltlich aufgestellt ist. Hier geht es nicht darum, die Lehrpläne weiter zu entrümpeln, sondern es geht darum, die Lehrpläne genau daraufhin zu überprüfen, ob sie auch der jetzigen Lebenswirklichkeit entsprechen und die Schülerinnen und Schüler weiterbringen. Es geht darum – Stichwort Gymnasium Oettingen –, die Methoden zu überprüfen, die es in einer zeitgemäßen Schule wie dem Gymnasium auch geben muss. Es geht darum, auch eine inhaltlich und organisatorisch vernünftige Umsetzung zu gewährleisten. Wir haben Vorschläge dazu gemacht, die wir im Bildungsausschuss auch wieder thematisieren werden.

Es ist möglich, in jedem bayerischen Gymnasium beide Formen anzubieten, wenn man eine organisatorische Neuaufstellung macht. Darüber müssen wir reden; darüber werden wir noch einmal verhandeln. Ich hoffe, dass die Bayerische Staatsregierung und unsere Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion im Bildungsausschuss bereit sind, im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber auch im Interesse der Lehrkräfte und im Interesse der Sache mit uns noch einmal genau hinzusehen und dieses Gymnasium Zug um Zug einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen und die notwendigen Schritte einzuleiten. Ich bitte Sie – dann macht der Gesetzentwurf auch Sinn –, dies im Bildungsausschuss in Ruhe zu besprechen und in Bayern die bayerischen Schülerinnen und Schüler voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Thomas Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die FREIEN WÄHLER ihr Volksbegehren im Sommer starteten, haben wir gesagt: Wir beteiligen uns nicht daran, weil dieses Thema im Landtag zu bearbeiten ist und wir mit diesem Thema in den Wahlkampf gehen und andere Mehrheitsverhältnisse herbeiführen wollen, um nach der Wahl eine andere, bessere Bildungspolitik in Bayern zu machen. Das ist uns nicht gelungen, aber liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Missverstehen Sie dieses Wahlergebnis nicht als Zustimmung zum G 8. Das wäre ein fataler Fehler.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER): Da gibt es Umfragen dazu!)

Man kann auch Erfolge missdeuten.

Die Belastung in der Unterstufe ist groß. Gerade die zweite Fremdsprache in der 6. Klasse wird von vielen Lehrkräften und Eltern als großes Problem empfunden. Die

Belastungen in Mathematik sind hoch. Die Verdichtung des Stoffes vor allem in der Mittelstufe ist zu stark. Die Fächervielfalt ist für die Schülerinnen und Schüler letztendlich nicht zu handhaben. Die Lehrerinnen und Lehrer klagen, dass sie die Schüler oft gar nicht mehr ansprechen können und dass das Lernen eben nicht nachhaltig ist. Es wird zwar viel gebüffelt, aber im Vergleich dazu zu wenig gekonnt, vor allem in der Oberstufe. Die nach wie vor doppelt so hohen Durchfallerquoten beim Abitur gegenüber früher zeigen, dass da etwas nicht stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das G 8 hat nach wie vor Akzeptanzprobleme, bei jeder neuen Elterngeneration, die ihre Kinder aufs Gymnasium schickt, von Neuem. Die Eltern stöhnen sehr bald über die Situation dort und können das nicht verstehen. Sie können vor allem nicht verstehen, dass auf der einen Seite verdichteter Unterricht stattfindet, viel in die Stunden hineingepresst wird und dann am gleichen Tag in der nächsten Woche die Unterrichtsstunden ausfallen und es keinen juckt, was da passiert. Also Verdichtung einerseits und Unterrichtsausfall andererseits, das ist die Realität des G 8 vor Ort.

Man muss sich als Urheber des G 8 – und das ist die CSU – schon einmal überlegen, was eigentlich los ist, wenn man ein Modell auf den Weg gebracht hat, das jetzt eine ganze Schülergeneration durchlaufen hat und das nach acht Jahren immer noch nicht rundläuft, obwohl es viele Änderungen gab. Das ist ähnlich wie bei einem Autohersteller, der ein Modell hat, das nach zehn Jahren immer noch nicht von den Kunden akzeptiert wird. Der kann dann auch nicht sagen, ihr irrt euch, das fährt gut. Der muss irgendwann überlegen, ob er das Modell zurückzieht und ein neues auflegt. Ich denke, vor dieser Situation stehen wir alle miteinander.

Die Verbesserungen des Kultusministeriums in den letzten Jahren haben nicht gegriffen. Wenn man sich bei Lehrkräften umhört, stellt man fest, das sogenannte Flexijahr ist eine Lachnummer in den Lehrerzimmern und wird nicht funktionieren. Es wird nicht dazu führen, dass es eine individuelle Lernzeitverlängerung für einzelne Schüler gibt.

Es ist für wenige Einzelne ein freiwilliges Wiederholen. Die Schulen werden jetzt diese Stunden irgendwie einsetzen, aber das wird nicht die Probleme des G 8 lösen; das wissen wir alle.

Wir diskutieren heute über den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER, und dazu habe ich schon ein paar Fragen. Eine ist: Sie reden von G 8, G 9 und von Wahlmöglichkeit. Wir alle wissen, dass das Gymnasium mit den zwei Zügen G 8 und G 9 Probleme mit sich bringt, zum Beispiel für die Eltern, die jetzt in der 4. Klasse noch einen größeren Entscheidungsdruck haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, okay, gleich. Die Eltern müssen sich überlegen: Schicke ich mein Kind auf die Mittelschule, auf die Realschule, auf das G 8 oder das G 9? Der Entscheidungsdruck in der 4. Klasse wird größer, und wir wissen, dass das in der 4. Klasse ein Problem ist.

Wir können diese zwei Züge vor allem an kleineren Standorten an Gymnasien nicht nebeneinander anbieten; das ist organisatorisch nicht machbar. Gleichzeitig reden Sie davon, dass es dann die Entwicklung zum G 9 gibt. Da brauchen wir eine klare Sprache: Entweder wir reden von Wahlfreiheit, wie auch immer das gestaltet wird, oder wir reden von der Rückkehr zum G 9. Wir sollten aber die Wahlfreiheit nicht als Hebel benutzen, um doch zum G 9 zurückzukehren. Da müssen wir klar sagen, wollen wir das G 9 einführen, wollen wir es reformieren, oder wollen wir die Wahlfreiheit. Eine Mogelpackung geht hier nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen den Gesetzentwurf zum Anlass nehmen, um hier im Landtag – Kollege Güll hat es schon angedeutet – das Thema G 8 noch einmal richtig zu diskutieren. Im Vordergrund steht für uns die Situation der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen den Druck herausnehmen. Es geht darum, das Ganze richtig zu organisieren. Wir müssen

diskutieren, ob individuelle Lernzeiten möglich sind, ob dieses Modell der zwei Geschwindigkeiten ab der Oberstufe, das wir früher schon präferiert haben, eine Möglichkeit ist oder wie wir generell mit dem G 8/G 9 weitermachen.

Wir sehen in allen Bundesländern Veränderungsprozesse, quer durch alle Parteien herrscht ein sehr uneinheitliches Bild. Vielleicht müssen wir einmal über Bayern hinausdenken und –diskutieren. Ich freue mich auf jeden Fall auf eine spannende Diskussion. Ruhe beim G 8 wird es nicht geben, sondern wir stehen vor einer großen Reformdebatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als nächster Redner hat Herr Kollege Günther Felbinger von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme dem Kollegen Gehring zu, Ruhe wird es in der Debatte um das G 8 auf keinen Fall geben. Das haben auch die verschiedenen Wortmeldungen und Beiträge gerade gezeigt. Ich will auf eine Aussage des früheren Ministerpräsidenten Stoiber zurückkommen, der damals als Begründung für die Einführung des G 8 sagte – ich zitiere: "Das deutsche Bildungssystem raubt den Jugendlichen im europäischen Vergleich wertvolle Zeit, die sie für Familiengründung, Beruf und den Aufbau ihrer Altersversorgung nutzen können."

Sehen wir doch einmal, was unsere G-8-Abiturienten nach ihrem Abschluss machen: Sie nehmen ein Jahr Auszeit, sie machen ein soziales Jahr, sie beginnen ein Studium und brechen es wieder ab, weil ihnen die Orientierung noch fehlt, weil ihnen die Reife noch fehlt. Da frage ich mich: Ist dieses G 8 wirklich so sinnvoll, wie Sie von der CSU es immer darstellen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sinnvoll, meine Damen und Herren, wäre es, mehr Qualität in das bayerische Gymnasium zu bringen. Dass die Qualität im G 8 gelitten hat, ist unbestritten. Da müssen Sie nur die Hochschullehrer an den Universitäten fragen, die den G-8-Absolventen die Studierfähigkeit absprechen, ebenso die Unternehmer, die Azubis ausbilden und sagen, ihnen fehlt noch die Orientierung im eigentlichen Sinne.

Also: Wir brauchen mehr Zeit zum Lernen – das ist das eine -, und wir brauchen auch mehr Zeit zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Erlangung der geistigen Reife. Deswegen brauchen wir Veränderungen, die nicht weitere Reparaturen beinhalten – das will ich deutlich sagen -, sondern nur mit einer geregelten Lernzeitverlängerung zu erreichen sind. Ich sage bewusst: eine gesteuerte Lernzeitverlängerung und keine Wischiwaschi-Verlängerung, wie Sie das mit dem Flexijahr derzeit anstreben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Staatsminister, es ist schlimm genug, dass Sie auf eine Anfrage des Kollegen Güll, wie viele Schülerinnen und Schüler denn tatsächlich das Flexijahr in Anspruch nehmen, wieder einmal behaupten, sie können keine Angaben über die freiwilligen Wiederholer machen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil es Promille sind!)

weil sich die Zahl als so peinlich herausstellen würde, dass ich sie an Ihrer Stelle ehrlich gesagt auch nicht veröffentlichen würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie, Frau Schreyer-Stäblein, von zusätzlichen Ressourcen reden, dann muss ich Ihnen sagen: Da würde ich an Ihrer Stelle kleinlaut bleiben. Sie versuchen krampfhaft, mit dem Flexijahr jedem Schüler seinen eigenen Nachhilfelehrer zu geben, aber es gelingt nicht. Das ist eine Verschleuderung von Ressourcen. Deshalb brauchen wir eine systematische Neuordnung hin zur Wahlfreiheit und zu einem G 9, das auch wirklich allen Schülerinnen und Schülern dient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch in einem weiteren Punkt, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, muss ich Ihnen deutlich widersprechen. Sie haben von einer Zerschlagung von Schulstrukturen im ländlichen Raum gesprochen und der Unmöglichkeit, Parallelstrukturen an kleineren Gymnasien zu halten. Da will ich gern auf eine Aussage des Kollegen Freller – er ist da – vom 27. Februar 2003 in einer Pressemitteilung hinweise. Da sagten Sie: Am Gymnasium könnten Eltern und Kinder neben Ausbildungsrichtungen, Fremdsprachen oder Prüfungsfächern jetzt auch vermehrt zwischen verschiedenen Nachmittagsangeboten sowie der acht- oder neunjährigen Ausbildungsdauer wählen. Jetzt frage ich Sie hier, Herr Kollege Freller: Warum soll heute nicht mehr möglich sein, wofür das Kultusministerium sich vor zehn Jahren noch so gelobt hat?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch bei einem weiteren Punkt, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Ich glaube, es ging darum, dass wir mit der Unterschriftenaktion begonnen haben. Die Unterschriften haben wir momentan gut in den Schubladen gelagert und bringen sie zeitig zum Vorschein. Immer einen Schritt nach dem anderen! Heute haben wir diesen Gesetzentwurf vorgelegt, und wir sind sicher, dass dieser Gesetzentwurf der Weg in die richtige Richtung ist, nämlich zu mehr Zeit zum Lernen für unsere Schülerinnen und Schüler und insgesamt zu einer Rückkehr zum G 9.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist es so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Gesetzentwurf der Abgeordneten
Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/13

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das
Erziehungs- und Unterrichtswesen - Wahlfreiheit
G 9/G 8**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Felbinger**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 3. Sitzung am 28. November 2013 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 10. Sitzung am 29. Januar 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 7. Sitzung am 30. Januar 2014 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/13, 17/519

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – Wahlfreiheit G 9/G 8

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Günther Felbinger

Abg. Otto Lederer

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr.

Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und

Unterrichtswesen - Wahlfreiheit G 9/G 8 (Drs. 17/13)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Erster Redner ist der Kollege Felbinger von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Seit Tagen herrscht bildungspolitisches Chaos wegen gestrichener

(Widerspruch bei der CSU)

oder nicht gestrichener Lehrerstellen in Bayern,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

und das G 8 ist seit zehn Jahren eine dieser Bildungsbaustellen. Deshalb wollen wir FREIEN WÄHLER, dass das ein Ende hat, und haben einen Gesetzentwurf zur Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 eingebracht. Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen eine weise Erkenntnis des neuen hessischen Kultusministers Alexander Lorz, die er vor zwei Tagen in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gebracht hat, zur Kenntnis geben – ich zitiere –:

Ich gebe zu, wenn wir auf die Entwicklung jetzt zurückblicken, wäre es besser gewesen, wenn wir von Anfang an die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 gelassen hätten. Dann hätte sich wahrscheinlich innerhalb von ein paar Jahren von selbst ein ausgewogenes Angebot ergeben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der CSU, wie Sie wissen, gehört Minister Lorz der CDU an und ist damit neben der Ministerin Kurth aus Sachsen der einzige verbliebene CDU-Minister, der sich überhaupt noch um die Schulen kümmert. Neben diesen beiden gibt es nur noch einen weiteren Unionsminister, der die Verantwortung für die Schulen hat: unseren Staatsminister Spaenle in Bayern, den ich jetzt herzlich begrüße. Ich muss aber leider feststellen: Während Minister Lorz aus Hessen selbstkritisch zurückschaut und einen Weg in die Zukunft beschreitet, stellt sich unser Staatsminister Spaenle stur und hält unbeirrt an seinem falschen Kurs zum Gymnasium fest.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass dieser Kurs falsch ist, untermauert auch ein Zitat des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus vom 04.12.2013 in der "Mittelbayerischen Zeitung". Er sagt:

Das G 8 war ein Fehler. Die Politik wird das aber nicht eingestehen. Auch das Flexibilisierungsjahr in Bayern ist ja ein Flop, das hat keiner gewählt. Das war eine politische Schaufenstermaßnahme.

Herr Kultusminister Spaenle, wachen Sie endlich auf! Der bundesweite Trend ist eindeutig, und Ihr Argument mit dem Flächenstaat und der angeblichen Benachteiligung der ländlichen Räume durch die Wahlfreiheit der Gymnasien ist längst nicht mehr haltbar, denn genau das Gegenteil ist der Fall: In den ländlichen Räumen, beispielsweise in den Bezirken Niederbayern, Schwaben, Oberpfalz, gibt es ein eklatantes Auseinanderklaffen zwischen der Gymnasialeignung der Kinder und dem tatsächlichen Übertritt an das Gymnasium. Dazu stellt der Bildungsbericht Bayern 2012 fest – Zitat –: "Fast jedes zweite an die Realschule übertretende Kind ist gymnasialgeeignet."

Der bundesweite Trend geht zurück zum neunjährigen Gymnasium. Das wollen auch die bayerischen Bürgerinnen und Bürger, und ich muss ehrlich sagen: Ich wundere mich, dass unser Ministerpräsident – er ist noch nicht da –, der doch sonst so dreh- und wendefreudig ist und eine Koalition mit den Bürgern geschlossen hat, in dieser

Sache nicht endlich die große Linie, die er immer gern vorzeichnet, auch seinem Staatsminister Spaenle vorgibt. In Bayern ist das Thema G 8/G 9 an allen Orten präsent, an denen Eltern und Schüler mit dem Gymnasium zu tun haben. Nicht zuletzt haben sich bereits über 26.000 Menschen für das von uns angestrebte Volksbegehren ausgesprochen. Ein Volksentscheid ist wohl deswegen notwendig, weil die CSU vermutlich auch heute nicht bereit sein wird, eine Debatte ohne ideologische Scheuklappen und Vorfestlegungen zu führen. Aber heute hätten Sie noch die Möglichkeit umzukehren und unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. Ihr bisheriges Verhalten in dieser Diskussion ist enttäuschend; denn es kostet den bayerischen Gymnasiasten wiederum Zeit, die sie auf die Wahlfreiheit warten müssen.

Ich möchte eines deutlich feststellen: Wir FREIEN WÄHLER wollen keine Gemeinschaftsschule "light" mit Abituroptionen, wie sie SPD und GRÜNE anstreben, sondern weiterhin ein eigenständiges und starkes Gymnasium von Klasse 5 bis 13.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen ein Gymnasium, das die notwendige Zeit zur Entschleunigung schafft, ein Gymnasium, das zu einem Universitäts- und Hochschulstudium befähigt und die Schülerinnen und Schüler studierfähig macht. Auch hierzu gibt es alarmierende Berichte. Der Altphilologe Gerhard Wolf von der Universität Bayreuth hat hierzu eine Befragung der Dozenten aller deutschen Hochschulen gemacht und stellt fest: "Verheerende Auswirkungen schreibe ich dem zutiefst inhumanen und leistungsfeindlichen Noten- und Tempo-Fetischismus unseres Schulsystems zu."

Meine Damen und Herren, wir wollen ein Gymnasium, das nicht nur Lerninhalte vermittelt, sondern auch die Persönlichkeiten unserer jungen Menschen bildet, das den schulischen Alltag entzerrt, das weniger Nachmittagsunterricht bringt und damit mehr Zeit für außerschulisches ehrenamtliches Engagement bietet.

Dass die Zeit reif ist, endlich wieder zur Alternative des neunjährigen Gymnasiums zurückzukehren, zeigt eine repräsentative Online-Umfrage des Bayerischen Rundfunks

dieser Tage: Knapp 90 % haben dabei aktuell für den Kurs der FREIEN WÄHLER gestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, es wird Zeit, dass Sie in sich gehen und sich heute anders entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem nächsten Kollegen das Wort erteile, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER zu diesem Gesetzentwurf namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt stehen noch mehrere Redner auf der Rednerliste, sodass wir die nötige Zeit von 15 Minuten bis zum Abstimmungstermin einhalten können. Als nächster Redner hat der Kollege Lederer von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Als ehemaliger Gymnasiallehrer und Mitglied des Bildungsausschusses freut es mich immer wieder, wenn sich Abgeordnete, Kolleginnen und Kollegen, vor Ort persönlich über die Auswirkungen und die Umsetzung der bayerischen Bildungspolitik informieren;

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist auch notwendig!)

denn es ist wichtig, dass wir alle wissen, was Schüler, Lehrer und Eltern vor Ort über das denken, was wir hier im Landtag beschließen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist wahr!)

Vor Kurzem hat der Kollege Dr. Karl Vetter von den FREIEN WÄHLERN das Benedikt-Stattler-Gymnasium in Bad Kötzing besucht. Für den Kollegen Dr. Vetter war das sicherlich besonders interessant; denn der Schulleiter dieses Gymnasiums ist mit ihm zusammen neun Jahre lang im Gymnasium gewesen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ist das Ihr Strohalm zu diesem Thema?)

Der Besuch an diesem Gymnasium hatte natürlich das Thema G 8/G 9 zum Inhalt. In einem Pressegespräch sagte der Schulleiter zum Thema G 8:

Wir haben nur positive Erfahrungen mit der achtjährigen Gymnasialausbildung gemacht. Man muss nichts ändern, was so toll ist.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann darf er es behalten! Wir wollen eine Wahlfreiheit!)

Weiter heißt es in diesem Artikel – ich zitiere wieder wörtlich –:

Roith hob die Vorzüge des G 8 hervor und verwies dabei auf die Bedeutung von Persönlichkeitsbildung und außerschulischen Aktivitäten. Vetter pflichtete seinem langjährigen Freund insofern bei, dass er an diesem Vormittag in den Gesprächen mit Schülern, Elternvertretern und Lehrern einen ungetrübt positiven Eindruck gewonnen habe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aha! Super!)

... das ist ein hervorragend geführtes G 8.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Lederer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Vetter zu?

Otto Lederer (CSU): Nein, bitte am Ende.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nach dem Vortrag wäre das aber kollegial gewesen!)

Zu diesem überschwänglichen Lob für das G 8 in Bad Kötzing darf ich dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER sagen: Ich freue mich sehr darüber.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darum sind wir für die Wahlfreiheit!)

Ehrlicherweise müsste dieses Lob aber auch für die anderen bayerischen Gymnasien gelten; denn auch dort wird eine hervorragende Arbeit geleistet. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Lehrerinnen und Lehrern sowie Schulleiterinnen und Schulleitern bedanken.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Die müssen das ausbaden, was ihr macht!)

Natürlich brachte der Kollege Dr. Vetter auch den Vorschlag seiner Partei zur Schaffung einer Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 zur Sprache. Antwort des Schulleiters:

Beide Alternativen anzubieten,

– so das Zitat –

das wäre bei einer Schule unserer Größenordnung definitiv nicht möglich. Das hätte zur Folge, dass wir doppelt so viele Lehrer bräuchten und doppelt so viel Lehrmaterial.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sagen Sie dazu, dass der Schulleiter CSU-Mitglied ist! CSU-Ortsvorsitzender!)

Diese Antwort des Schulleiters, meine Damen und Herren, ist ein Paradebeispiel dafür, dass vor allem kleinere Gymnasien im ländlichen Raum die von den FREIEN WÄHLERN gewünschte Parallelität von G 8 und G 9 definitiv nicht umsetzen können. Es überrascht mich daher in keiner Weise, wenn der Schulleiter von Bad Kötzing zu den Plänen der FREIEN WÄHLERN sagt, dass es hier – ich zitiere wieder – um die "Existenzfrage" des Gymnasiums geht. Das gilt nicht nur in Bad Kötzing, sondern für viele Gymnasien im ländlichen Raum. Im Klartext: Die FREIEN WÄHLER gefährden mit ihren Vorstellungen gerade die kleineren Gymnasien im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie gefährden alle!)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine klare Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum, bis dahin, dass sie längere Schulwege in Kauf nehmen müssen. Angesichts dieser Fülle von negativen Auswirkungen dieses Gesetzentwurfs, der erstaunlicherweise erst nach dem Volksbegehren vorgelegt wurde, ist es für mich nicht überraschend, dass keine einzige Oppositionspartei diesen Vorschlag im Ausschuss unterstützt hat.

Außerdem fällt mir als Gymnasiallehrer negativ auf, dass die Entscheidung, ob das Gymnasium als G 8 oder G 9 geführt wird oder gegebenenfalls, soweit möglich, in beiden Formen, eben nicht der einzelne Schüler oder die einzelne Schülerin trifft, sondern ein Schulforum.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist auch besser, oder nicht?)

Dieses Schulforum entscheidet, und danach gibt es kein Zurück mehr. Das heißt, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern, die eine andere Entscheidung gewollt hätten, müssen sich entweder fügen oder das Gymnasium verlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wenn das so kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist es mit dem Schulfrieden vorbei; denn niemand kann wirklich wollen, dass derartige Entscheidungen in einem solchen Gremium getroffen werden.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz dazu setzen wir vonseiten der CSU-Landtagsfraktion auf die individuelle Förderung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): 200 von 300.000! – Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb streicht ihr auch die Lehrer, weil ihr so viel individuell fördern wollt!)

Nach einer frühzeitigen Diagnose folgt ein individuelles pädagogisches Zusatzangebot, angefangen von flexiblen Intensivierungsstunden bis hin zum Flexibilisierungsjahr. Der Schlüssel zum Bildungserfolg unserer Schülerinnen und Schüler liegt in der Individualisierung des Lernens.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schöne Worte! Lehrerstellen werden gestrichen! Das ist doch die Wahrheit!)

Vor diesem Hintergrund kann ich als Bildungspolitiker nur den Kopf schütteln, wenn die FREIEN WÄHLER zur Gegenfinanzierung ihres Modells ausgerechnet die individuelle Lernzeit und die individuelle Förderung abschaffen wollen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die erübrigt sich dann vielfach! Aber Ihre 200 Flexi-Schüler machen das Kraut auch nicht fett!)

Fakt ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das G 8 ist auf einem guten Weg. Der Unterrichtsausfall konnte reduziert werden. Die Pflichtwiederholerquote am G 8 wurde senkt. Die Klassenstärke ist reduziert worden. Für mich ist besonders wichtig, dass die Übertrittsquote, die beim G 9 noch bei etwa einem Drittel lag, mittlerweile auf rund 40 % gestiegen ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das liegt über zehn Jahre zurück!)

Das zeigt doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das achtjährige Gymnasium von Schülern und Eltern angenommen wird.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber mit der Wahlfreiheit würde es noch besser angenommen!)

Jetzt braucht es Ruhe und Zeit, damit die Neuerungen auch greifen können.

(Beifall bei der CSU)

Genau deshalb hat Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung gesagt, dass in den nächsten Jahren eben keine neue Schulstrukturreform kommen soll.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Er hat gesagt, dass Stromtrassen gebaut werden, und heute wird er das Gegenteil sagen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände hat gesagt: Wir lehnen weitere Schulstrukturreformen in Bayern entschieden ab.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber die Bürger nicht!)

Und weiter: Es muss endlich Schluss sein mit den nutzlosen Schulstrukturdiskussionen. Dem, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich mich nur anschließen, und deshalb plädiert die CSU-Landtagsfraktion dafür, den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bleiben Sie bitte noch am Redepult. Herr Kollege Vetter hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Vetter, Sie haben das Wort.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Zu viel der Ehre: Nachdem ich schon zum zweiten Mal in einer Plenarsitzung auf den Besuch in Bad Kötzing angesprochen worden bin, möchte ich vielleicht etwas zu Ihrer Erheiterung beitragen. Erstens. Der Direktor in Bad Kötzing ist stellvertretender Ortsvorsitzender der CSU. Dies sei vorausgeschickt.

(Zurufe bei der SPD: Hört, hört! – Lachen bei der SPD – Zurufe von der CSU: Ein sehr guter Mann!)

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen. Wenn Sie die Presseartikel ganz genau gelesen haben, dann ist keiner überrascht, und dann wissen Sie, dass ich gesagt habe, dass dies eben ausnahmsweise ein gut geführtes G 8 ist.

(Lachen bei der CSU)

Unter den vorhandenen Bedingungen macht Günther Roith – das ist der Direktor – die Sache ganz gut. Zu diesem Lob stehe ich auch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten bei uns im Stimmkreis insgesamt drei Stände gehabt. Lehrerinnen und Lehrer der drei Gymnasien im Landkreis Cham sind zu mir gekommen – einer kam extra in der Pause – und haben für die Wahlfreiheit unterschrieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Weiteres: Das, was euch mancher CSU-Direktor sagt, ist nicht Meinung der Lehrer und der Philologen am Gymnasium. Dies nur zur Klarstellung der Gesamtsituation.

Ich darf Ihnen auch noch sagen, dass wir im Landkreis Cham eine Übertrittsquote ans Gymnasium von 28 % haben. Warum? – Weil die Eltern die Schüler in die Realschule schicken, weil sie Schwierigkeiten fürchten, weil die Wege lang sind usw. Genau deswegen wollen wir die Wahlfreiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann einfach nicht verstehen, dass Sie das immer noch nicht kapieren, sondern sogar sagen, dass das G 8 im Interesse des ländlichen Raumes besser als das G 9 ist. Das entspricht einfach nicht der Wahrheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nächster Redner ist Herr Kollege Lederer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Otto Lederer (CSU): Werter Kollege, ich habe dieses Beispiel deswegen erneut gebracht, weil ich im Bildungsausschuss ähnliche Fälle wie den zitiert habe, den Sie in Bad Kötzing erlebt haben. Auch ich bin an die Schulen gegangen. Auch ich habe mit vielen Schulleitern gesprochen. Interessanterweise waren die Schulleiter keine CSU-Mitglieder. Wissen Sie, was mir von Ihren Kollegen vorgehalten wurde? – Ich müsse eben zu den richtigen Lehrern gehen. Deswegen habe ich ein Beispiel gebracht, in dem ein FREIER WÄHLER anscheinend zu jemand gegangen ist, der die richtige Einstellung hat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Die Schulleiter in kleineren Gymnasien, wie wir sie im ländlichen Raum des Öfteren haben, haben hinsichtlich der Wahlfreiheit Befürchtungen, weil sie nicht beides bieten können. Sie können das G 8 und das G 9 nicht parallel führen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann kann man ja bei einem bleiben!)

Sie müssen sich für das eine oder andere entscheiden und haben definitiv Angst, dass sie zu den Verlierern gehören werden,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben Angst, dass er das G 9 nimmt!)

egal, ob sie sich für das G 8 oder G 9 entscheiden. Dann haben wir das Problem

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn das G 8 so super ist, bleiben wir beim G 8!)

der weiten Schulwege. Dadurch sind auch die Schüler im ländlichen Raum benachteiligt. Aus diesem Grund werden wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort gebe, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass zu Tagesordnungspunkt 4 zu den fünf Dringlichkeitsanträgen in Sachen Energiewende jeweils namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Jetzt kommt als nächste Rednerin Frau Kollegin Dr. Strohmayer von der SPD zu Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Lederer, Sie haben gesagt, es freut Sie immer sehr, wenn Kolleginnen und Kollegen Schulen vor Ort besuchen. Wir haben Ihnen diese Freude gemacht und waren gestern bei einer Schule. Wir haben komischerweise eine ganz andere Wahrnehmung mitgenommen. Uns hat man vor allen Dingen gesagt: Bildung braucht Zeit, Kinder brauchen Zeit, Entwicklung braucht Zeit. Das war eine der Hauptbotschaften, die wir mitgenommen haben. Nicht Beschleunigung, sondern Entschleunigung ist geboten. Das hat mir der Leiter des Gymnasiums für die heutige Diskussion noch extra mit auf den Weg gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin seit 2003 Mitglied des Bayerischen Landtags, und sozusagen von der ersten Stunde an begleitet mich die Diskussion über das bayerische Gymnasium. Ich kann Ihnen unzählige Diskussionen im Parlament nennen, in denen vonseiten der Mehrheitsfraktion immer wieder beteuert wurde, dass alle Schwierigkeiten mit dem G 8 nur Anlaufschwierigkeiten sind. Ich muss einfach feststellen: Diese Anlaufschwierigkeiten dauern jetzt schon zehn Jahre.

Ruhe, Ruhe, Ruhe, haben der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung und vorhin auch Herr Lederer den Schulen verordnet. Ich möchte Ihnen sagen: Ruhe ist für die Bildung sicherlich wichtig. Mit der Ruhe ist es am Gymnasium aber seit 2003 vorbei, nämlich genau seit dem Tag, an dem damals Herr Dr. Stoiber in seiner Regierungserklärung das G 8 völlig überstürzt und im Alleingang verordnet hat. Dafür sind

Sie verantwortlich; Sie müssen dafür die Verantwortung tragen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

Es ist einfach nicht wegzudiskutieren: Bis heute sind Schüler, Lehrer und Eltern mit dem G 8 unzufrieden. Alle Rettungsversuche, zuletzt das Flexijahr – ein totaler Rohrkrepierer –, waren untauglich, eine Gesundung des Patienten herbeizuführen. Das müssen Sie doch endlich einsehen, Herr Spaenle.

Die FREIEN WÄHLER haben 25.000 Unterschriften vorgelegt. Der Philologenverband will ein Konzept für ein reformiertes G 9 vorlegen. Ich frage Sie also: Wann begreifen auch Sie endlich, dass wir das Gymnasium in Bayern auf neue Füße stellen müssen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir meinen, dass es notwendig ist, sich endlich ernsthaft mit dem Gymnasium auseinanderzusetzen. Wir brauchen einen großen Dialog mit Betroffenen, mit den Lehrern, mit den Lehrerverbänden, mit den Schülern und mit den Eltern. Nur wenn alle mitgenommen werden, können wir endlich auch eine Akzeptanz für Veränderungen am Gymnasium schaffen. Wir – damit meine ich meine Fraktion – wollen ein pädagogisch modernes, ein gut aufgestelltes Gymnasium, eines mit einer ausreichenden Zahl gebundener Ganztagsklassen. An dieser Stelle möchte ich Sie daran erinnern: Gerade einmal 2,98 % der Gymnasiasten besuchen bei uns in Bayern derzeit eine gebundene Ganztagsklasse. Auch in Ganztagsklassen bestünde die Möglichkeit, Kindern und Lehrern mehr Zeit zu geben. Wir wollen darüber hinaus aber individuelle Förderung am Gymnasium. Wir wollen ein Gymnasium, das Inklusion und Integration meistert, und damit all diese Aufgaben gut gelingen, brauchen wir vor allen Dingen eines: Lehrer, Lehrer, Lehrer.

(Beifall bei der SPD)

Die Klassen dürfen einfach nicht zu groß sein. Wir brauchen multiprofessionelle Teams, die Lehrer unterstützen. Ich bin Herrn Lederer sehr dankbar, weil er auch das individualisierte Lernen angesprochen und gesagt hat, wie wichtig dies ihm und seiner Fraktion ist. Herr Lederer, ich möchte jetzt aber mit Ihnen eine kleine Rechnung auf-

machen. In Bayern gibt es 60.000 Klassen. Wenn Sie individuelles Lernen fördern möchten, brauchen Sie in den Klassen einen Zweitlehrer. Sie können sich selber ausrechnen, wie viele Lehrerstellen eigentlich notwendig wären, um individuelles Lernen umzusetzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist gar nicht machbar, aber das ist Ihnen wurscht!)

Völlig kontraproduktiv ist es auf jeden Fall, Herr Spaenle, in so einer Situation auch noch Lehrerstellen zu streichen. Über 800 Stellen sollen im August gestrichen werden. Von 800 Referendaren im Gymnasium sollen gerade einmal 170 übernommen werden. Selbst die Besten der Besten bekommen hier bei uns in Bayern im Gymnasium keine Anstellung mehr. So kann es doch nicht weitergehen. Das muss aufhören. Die demografische Rendite muss letztendlich im System bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten heute die Vertreter der Lehrerverbände in unserer Fraktion. Hier wurde klargestellt: Wenn man für den Schülerverkehr einen Bus für 70 Schüler bereitstellt und 30 Schüler wegfallen, Herr Ministerpräsident, dann würde es keiner Kommune einfallen, den Bus zu streichen. Aber genau das tun Sie hier mit Ihren Lehrerstellenstreichungen. Sie wollen, wie auch immer, anscheinend Klassen streichen, nur weil die Hälfte der Schüler wegfällt. So kann Schule einfach nicht gelingen, und so kann auch das Gymnasium nicht gelingen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Struktur des Gymnasiums ist es sicherlich wichtig, jetzt das aufzunehmen, was die Lehrer vor Ort sagen. Uns wurde zum Beispiel gesagt, dass die Schüler im G 8 nicht mehr so vertieft lernen, nicht mehr so nachhaltig lernen, sodass die Studierfähigkeit leidet. Das muss man sicherlich angehen. Uns wurde ferner von Unterstufenlehrern gesagt, dass die zweite Fremdsprache zu früh kommt. Auch hier muss man sicherlich nachdenken. Manchmal ist es ein Problem, dass die Fächervielfalt nur schwer handhabbar ist. Auch das ist ein Punkt, den

man sich anschauen muss. Man muss, wenn man sich die Zahlen anschaut, einfach immer wieder feststellen: Es fallen immer noch mehr Schüler durch die Abiturprüfung des G 8 als früher beim G 9. Auch da müssen wir genau hinschauen und Veränderungen herbeiführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass viele Eltern mittlerweile ihre gymnasial geeigneten Kinder auf andere Schulen schicken, sollte uns zu denken geben. Das zeigt nämlich, dass wir nach zehn Jahren Feldversuch G 8 eben vielerorts keine Akzeptanz für das G 8 haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss ich persönlich nach zehn Jahren Diskussion zum G 8 daran erinnern, dass das wichtigste Argument bei Einführung des G 8 damals – neben dem fiskalischen Argument natürlich – war, dass die Wirtschaft jüngere Absolventen braucht. Man hat damals davon gesprochen, dass unsere Abiturienten im internationalen Vergleich zu alt sind. Was ist denn aus diesem Argument geworden? Heute stellen unsere Universitäten fest, dass ihre Absolventen und Absolventinnen immer jünger werden. Vielerorts kommen an die Universitäten Eltern in die Sprechstunde. Junge Studenten finden keine Wohnungen, weil sie selber noch keine Verträge abschließen können. Sie sind unselbstständig, kommen mit der Universität nicht zurecht. Viele sind zu jung, um im Anschluss an das Studium in der Wirtschaft unterzukommen.

Sie müssen nämlich bedenken: Wir haben mittlerweile viele Reformen eingeleitet, und daher werden unsere Absolventen immer jünger. Die Schule fängt zum Beispiel früher an; die Kinder kommen heute oft schon mit fünf Jahren in die Schule. Wir haben die Wehrpflicht abgeschafft. All das waren Maßnahmen, damit die Kinder auch wieder jünger aus der Schule herauskommen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

das alles sollte Ihnen zu denken geben. Ich kann Sie nur einladen, mit uns gemeinsam im Dialog mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Lehrerverbänden, mit Schulen und El-

tern und nicht erneut in einem Schnellschuss, der alle wieder überrumpelt, der wieder die Menschen vor den Kopf stößt, das Gymnasium zu erneuern. Aus den dargestellten Gründen werden wir uns bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Dr. Strohmayer. Bleiben Sie bitte noch am Redepult. Herr Dr. Fahn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Strohmayer, ich stimme mit Ihnen in vielen Punkten überein, auch mit Ihrem ersten Satz: Wir brauchen Lehrer, Lehrer, Lehrer. Aber beim G 8 haben wir auch gemerkt, dass den Schülern besonders eines fehlt, das wir so umschreiben könnten: Zeit, Zeit, Zeit. Die Schüler im G 8 haben einfach kaum noch Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass das ehrenamtliche Engagement von Schülern im G 8 um 20 % zurückgegangen ist. Wir haben jetzt das Ehrenamt in die Bayerische Verfassung gebracht. Welches Konzept hat die SPD, damit die Schüler mehr Zeit haben für ehrenamtliche Tätigkeiten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Fahn. Sie haben das Wort, Frau Kollegin Dr. Strohmayer, bitte schön.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Fahn, genau das wollte ich mit meinem Redebeitrag eigentlich hier bewirken, dass wir uns heute eben nicht in einem erneuten Schnellschuss festlegen, wie wir weiter vorgehen wollen. Wir sind der Meinung, wir müssen Lehrerinnen und Lehrer, Lehrerverbände, Eltern, Schüler bei dieser Diskussion mitnehmen. Nur so können wir letztendlich Akzeptanz für das neue Gymnasium erreichen. Es ist der falsche Weg, jetzt hier quasi im Schnellschuss zu

sagen, was letztendlich der richtige Weg ist. Sicherlich gibt es viele Überlegungen. Zum Beispiel könnte auch eine Ausweitung der Ganztagschule, in die man etwa auch ehrenamtliche Angebote mit einbeziehen kann, ein Weg sein. – Aber noch einmal: Wichtig ist uns Dialog und kein erneuter Schnellschuss.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat der Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist jetzt die vierte Landtagsdebatte innerhalb kurzer Zeit, die wir zu diesem Thema haben. Das ist gut so; denn das Thema Gymnasium und G 8 muss debattiert werden. Wir haben diese Debatten in der Gesellschaft, wir haben sie bei den Verbänden, wir haben sie vor Ort an vielen Schulen. Die CSU und der Ministerpräsident haben ja die Parole "Ruhe" ausgegeben. Der Kollege Lederer hat sie bestätigt. Das klingt so nach dem Motto: Lasst uns nun endlich in Ruhe mit dieser ganzen G-8-Geschichte, und wir sehen keinen Handlungsbedarf.

Ich meine, das mit der Ruhe ist Ihnen ja ziemlich misslungen, wenn ich nur an die Übungsklausuren denke. Die haben für viel Unruhe gesorgt. Bei der Lehrerstellenstreichung hat es richtig Krach gegeben, und gibt es nach wie vor Krach. Also mit der Ruhe funktioniert es nicht bei der CSU.

Was auch nicht funktioniert, ist das sogenannte Flexijahr. Es wird, wenn es gut geht, von etwa 300 von 300.000 in Anspruch genommen. Es ist, wie wir immer gesagt haben, ein freiwilliges Wiederholen mit etwas pädagogischer Anreicherung, aber nicht die Möglichkeit der individuellen Schulzeitverlängerung für einen Teil der Schülerinnen und Schüler. Die Unzufriedenheit ist groß. Es bewegt sich überall etwas in Bayern. Die Lehrerverbände denken verschärft darüber nach. Die Philologen haben sich schon für das G 9 positioniert. Die sind sicherlich sonst immer sehr auf CSU-Linie. Wir stellen

auch häufig vor Ort fest, dass darüber diskutiert wird und dass die Unzufriedenheit groß ist.

Lieber Kollege Lederer, zu Ihrer Aussage, das G 8 braucht Ruhe, damit es sich entwickeln kann, muss ich feststellen: Wenn der Patient nach zehn Jahren immer noch Ruhe braucht, dann muss man sich einmal überlegen, ob die Therapie vielleicht vollkommen falsch ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Der Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER hat unseres Erachtens Mängel, vor allem wenn es um das Volksbegehren geht. Wir können uns nicht vorstellen, dass dieses Volksbegehren nicht haushaltsrelevant ist. Aber das zu entscheiden, ist nicht unsere Aufgabe. Ich halte diesen Gesetzentwurf mit dieser Doppelstruktur, mit zwei Zügen G 8 und G 9 an einer Schule, für problematisch. Das ist an kleineren Schulen nicht machbar. Gerade die FREIEN WÄHLER sind an den Schulen im ländlichen Raum interessiert. Da haben Sie einfach ein Problem in Ihrer Konzeption.

Der große Einwand hier bei diesem Gesetzentwurf ist ein inhaltlicher. Es wird im Prinzip das unbestritten unzureichende G 8 auf neun Jahre gestreckt, und dabei werden noch Dinge, die beim G 8 ganz gut waren, geschliffen, damit die Zeit ausreicht. Wir müssen das G 8 reformieren und da wirklich neue Wege gehen. Aber die Botschaft kann nicht sein: zurück zum G 9; denn auch das G 9 hat viele Mängel gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das G 8 ist mittlerweile ja zum Symbol geworden für eine nicht kind- und nicht jugendgerechte Schule, für Überforderung von Schülerinnen und Schülern, für zu wenig Zeit, auch für zu wenig Freizeit. Natürlich bringen das Schulen vor Ort ganz gut hin, und sie sagen: Wir bekommen den Stoff in den acht Jahren durch. Aber Stoff durchbringen heißt nicht: gelernt haben, Stoff durchbringen heißt nicht: verstanden

haben, und Stoff durchbringen heißt nicht: etwas gelernt haben für sich und sein Leben, mit dem man etwas anfangen kann.

Wir GRÜNEN stellen einerseits die inhaltliche Reform voran und stellen andererseits fest, dass das G 8 von dieser Landtagsmehrheit nicht reformiert wird. Die Bereitschaft ist noch nicht da, es zu reformieren. Deswegen sind wir dafür, neue Wege zu gehen. Das müssen auch neunjährige Wege sein. Wir brauchen einen großen Diskussionsprozess für diesen Weg.

An erster Stelle steht für uns die Persönlichkeitsbildung. Wir müssen uns überlegen, wie gymnasiale Bildung im 21. Jahrhundert aussieht. Wir sind uns, glaube ich, einig. Aber wir müssen über diesen Konsens reden und deutlich machen, dass wir Persönlichkeiten brauchen, die selbstständig sind, wenn sie die Schule verlassen, Eigenverantwortung und Verantwortung für andere übernehmen können, Persönlichkeiten, die nicht nur in Bayern, sondern mental auch in der Welt zu Hause sind, weltoffen sind, die nicht mit Wissen vollgestopft sind, sondern Wissen verstehen und anwenden können, die auch reflektieren und nachdenken können. Wenn nachdenkliche Menschen aus dem Gymnasium kommen, wäre das ganz gut, würde ich sagen.

Die Schulen brauchen Freiraum, um das zu organisieren. Wir müssen uns um die Unterstufe kümmern. Wir brauchen in der Mittelstufe ein anderes Lernen. Vierzehn Fächer im 45-Minuten-Takt in der Mittelstufe - das ist Unsinn. Damit muss Schluss sein. Wir brauchen neue Modelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden das Gymnasium weiterentwickeln, neue Wege gehen. Ich werbe dafür, dass wir das in einem großen, gemeinsamen Bündnis machen, mit den verschiedenen Lehrerverbänden zusammen, mit den Eltern, mit den Praktikern vor Ort, mit den Schülerinnen und Schülern. Ich bin sicher, dass die drei Oppositionsparteien diesen Weg miteinander gehen. Ob die CSU irgendwann mitgeht, ist relativ sekundär. Irgendwann

wird der Ministerpräsident, wenn er sieht, dass sich die Stimmung ändert, anders entschieden haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Vielleicht hat er sich schon anders entschieden, und wir wissen es noch gar nicht! – Markus Rinderspacher (SPD): Vielleicht weiß er es noch nicht!)

- Vielleicht weiß er es selber auch noch nicht. Wir werden es dann erfahren. Ich meine, wir führen jetzt einfach einmal diese Diskussion und erzeugen einen gesellschaftlichen Druck. Dann wird er sich schon so entscheiden, wie wir uns das vorstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, mit Ihrem Gesetzentwurf stellen Sie die richtigen Fragen. Wir glauben, dass die Antworten nicht ganz passen. Deswegen werden wir uns enthalten. Aber die Debatte geht jetzt erst richtig los. Ich bin froh, sie mit Ihnen gemeinsam gestalten zu dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Gehring. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Kollege Dr. Fahn hat sich noch einmal zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Gehring, ich freue mich über Ihre Äußerung. Das zeigt, dass die GRÜNEN jetzt doch langsam auf unsere Linie umschwenken. Wir sollten in den nächsten Wochen und Monaten intensiv diskutieren.

Ich möchte Ihnen noch einen anderen Aspekt nennen, der die Probleme des G 8 zeigt, zum Beispiel die gesundheitlichen Belastungen, die die Schülerinnen und Schüler durch das G 8 haben. Eine landesweite Umfrage in Schleswig-Holstein im Oktober 2013 ergab, dass die G-8-Schülerinnen und –Schüler deutlich mehr unter Schlafstörungen leiden als G-9-Schüler. Professor Hurrelmann sagt, G-8-Schüler seien häufiger krank. Es gibt eine Studie der LMU München, die ganz klar ergibt, dass 60 % der G-8-

Schüler angeben, die Freizeit reiche nicht mehr aus; von den G-9-Schülern sagen das nur 45 %.

Frage also: Welches inhaltliche Konzept haben die GRÜNEN, um die gesundheitliche Belastung der G-8-Schüler, die es offensichtlich gibt, zu reduzieren?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Herr Gehring, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Wir müssen feststellen, dass auch das G 9 gesundheitliche Belastungen verursacht hat. Es kann also nicht darum gehen, einfach ein Jahr draufzusetzen. Wir müssen vielmehr die Art und Weise, wie an unseren Schulen gelernt wird, verändern.

Vielleicht noch eine Zusatzinformation. Auf die Frage, wie länderübergreifend die Belastungen im G 8 sind, antworten die bayerischen Schüler: Wir haben die größten Belastungen. Ich bin davon überzeugt, dass die bayerischen Schülerinnen und Schüler keine größeren Weicheier sind als die Schüler in anderen Bundesländern. Im Gegenteil, ich glaube dass das bayerische G 8 am schlechtesten funktioniert und die größten Belastungen für die Schülerinnen und Schüler erzeugt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Professor Dr. Michael Piazzolo von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister, in der Ersten Lesung haben Sie gesagt, was das Gymnasium in Bayern braucht, ist Ruhe. Da kann ich nur sagen, Mann, haben Sie das in der letzten Woche mit der Ruhe gut hinggebracht, Herr Minister. Mann oh Mann!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich sage in ganz deutlichen Worten: Wer in Bayern Lehrerstellen streicht, ist ein Unruhestifter in der Schullandschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage auch: Machen Sie die Dinge offen in dieser Politik. Wovor haben Sie Angst? Warum diese Hasenfüßigkeit? Gute Politik braucht nichts zu verschleiern. Wer Angst hat vor Zahlen, der nennt sie nicht. Sie nennen sie nicht. Sie scheinen Angst zu haben, offenzulegen, wie viele Lehrerstellen wir in Bayern haben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das ganze Parlament und die Bevölkerung möchten wissen, wie viele Lehrerstellen wir in Bayern haben. Das ist Ihre Aufgabe, dafür sind Sie gewählt. Deshalb sind Sie Kultusminister. Das möchte ich ganz deutlich sagen.

Ich sage den Kollegen der CSU: Eine Debatte jetzt darüber zu führen, wie viel Lehrer arbeiten, wie lange sie zu arbeiten haben, das zeugt nur von Misstrauen gegenüber diesem Beruf. Wir FREIEN WÄHLER sind überzeugt, dass die Lehrer in Bayern eine gute Arbeit leisten. Wir brauchen keine Debatte über Arbeitszeit, weiß Gott nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum übt das Grundgesetz so eine Wirkung auf uns aus? Warum fasziniert die Erklärung der Menschenrechte? Warum vertrauen wir den Vorschriften des Strafgesetzbuches nach über hundert Jahren? - Sicherlich wegen der Inhalte, aber auch wegen der Kürze und Prägnanz der Formulierungen. Wir nehmen uns den Verfassungsgeber, den Gesetzgeber zum Vorbild bei unserem Volksbegehren. Es ist kurz, prägnant, es ist deutlich und offen. Da kann man viel hineingeheimnissen. Das wird verschiedentlich getan. Es wird dabei vieles übersehen. Dieser Gesetzentwurf ist klar und transparent.

Unsere drei Anliegen sind: Wir wollen für das G 8 und G 9 Wahlfreiheit. Wir wollen, dass die Entscheidung bei den Schulen liegt und die Ausgestaltung bei der Verwal-

tung der Schulen vor Ort. Das sind die drei Komponenten. Damit eröffnen wir Chancen für die Schüler, Lehrer, Eltern und für die bayerische Bevölkerung. Das ist klar und deutlich. Da kann man nur zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Professor Piazzolo, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Nein, jetzt nicht, erst am Ende. - Noch eine Randbemerkung zu Herrn Gehring von den GRÜNEN. Ich erinnere mich noch gut, es war damals auch das Argument der GRÜNEN bei den Studiengebühren, dass ihre Abschaffung kostenrelevant ist, und deshalb sind Sie damals nicht mitgegangen. Jetzt kommt das gleiche Argument. Ich persönlich bin der Auffassung, dieser Gesetzesentwurf, wie er vorliegt, bedeutet keine Kosten. Er greift nicht in den Haushalt ein. Insofern glaube ich, dass Sie zustimmen können.

Ich glaube, das gilt auch für die CSU – ich hätte beinahe CSU-Genossen gesagt - -

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich meine die CSU-Mitglieder. Sie sehen Gespenster in dieser Debatte, wo es keine gibt. Sie bauen Mauern, um den Blick zu verstellen, und Sie verirren sich im Labyrinth des eigenen Misstrauens.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stellen uns der Diskussion. Wir zeigen Möglichkeiten auf, wir geben Chancen, und wir vertrauen den Menschen, dass sie die Reform vor Ort gut in die Hände nehmen. Wir vertrauen den Menschen, den Schülern, den Lehrern und den Eltern, dass sie die Chancen, die wir ihnen per Volksgesetzgebung geben werden, auch nutzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Professor Piazolo, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kollegin Brendel-Fischer hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Professor Piazolo, Sie werfen uns vor, wir würden Gespenster sehen. Ich glaube, Sie sehen auch manchmal welche. Die CSU hat zu keinem Moment jemals die Arbeitszeit infrage gestellt und nicht diese Debatte aufgeworfen. Ich bitte also, wirklich zuzuhören und Presseverlautbarungen genau wahrzunehmen, sich die Originaltöne im Radio anzuhören und nicht irgendwelche verkürzten Varianten, die Sie andernorts finden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Herr Professor Piazolo, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Ich habe schon mitgekriegt, dass die Vorschläge der CSU noch nicht so weit gediehen sind. Ich habe das nur der Presse entnommen. Ich komme gern zu den CSU-Fraktionssitzungen oder Arbeitskreissitzungen, soweit ich eingeladen bin. Dann hätte ich es aus erster Hand mitbekommen. Ich war aber auf die Medien angewiesen.

Ich sage es einmal so: Ich glaube nicht, dass ich Gespenster sehe, wenn sich – was selten passiert – die Lehrerverbände in Bayern zusammenschließen und gemeinsame Erklärungen abgeben, die auch durch die Diskussion in Ihrer Partei ausgelöst waren. Das ist in den letzten Jahren sehr, sehr selten passiert. Ich glaube also nicht, dass ich Gespenster sehe, sondern ich glaube, dass die Sorge bei den Eltern und den Lehrern sehr groß ist. Da ich mitbekommen habe, weswegen der Ministerpräsident in den letzten zwei Wochen Anlass gesehen hat, sich seinen Kultus- und Wissenschaftsminister sowie die Fraktion zur Brust zu nehmen, glaube ich: Wenn Sie so weitermachen, werden Sie den Ministerpräsidenten noch häufig ernsthaft wütend erleben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Letzter hat nun Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Die Frage, wie die gymnasiale Entwicklung vorangeht, ist in der bildungspolitischen Debatte in unserem Land eine zentrale Frage. Wir haben die Debatte über ein mögliches Unternehmen der Volksgesetzgebung. Ich glaube, dass das bayerische Gymnasium in der Form, wie wir es heute haben, den Anforderungen, die durch große und maßgebliche Veränderungen in den letzten Jahren ausgelöst worden sind, gerecht wird. Die größte Veränderung am bayerischen Gymnasium war genau vor 10 Jahren der Grundsatzbeschluss, die gymnasiale Schulzeit zu verändern. Damals hatten knapp 30 % eines Jahrgangs das bayerische Gymnasium besucht, und heute sind es über 40 %. Es ist eine große Herausforderung, wenn ein großer Teil eines Jahrgangs eine weiterführende Schule besucht. Dafür ist eine entsprechende Konzeption erforderlich.

Das bedeutet: Aus der Fragestellung heraus ist genau das abzuleiten, was wir am bayerischen Gymnasium tun. Wir haben einen inhaltlichen Rahmen, der auf 8 Jahre angelegt ist. Wir haben aber eine Regelung getroffen, die die Unterschiedlichkeit mit zusätzlicher Förderung in der Mittelstufe in besonderer Weise unterstützt und Wahlfreiheit ermöglicht. Der einzelne junge Mensch hat die Wahl, ob er ein bayerisches Gymnasium 8 oder 9 Schuljahre besucht. Genau diese individuelle Lernzeit, die auf die Entwicklung des jungen Menschen abgestellt ist, ist am bayerischen Gymnasium Realität.

Es ist die Frage, wie es sich auswirkt, wenn wir organisatorische Maßnahmen ergreifen, die die parallele Führung von zwei Laufzeiten bedeuten würde. Insbesondere würde die Situation für kleinere Gymnasien im ländlichen Raum sehr schwierig werden. Vielleicht wäre eine Umsetzung auch für den einen oder anderen Schulstandort

bedrohlich. Das ist gerade im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen und die Notwendigkeit, Bildungsangebote in die Fläche zu bringen – was wir übrigens in den letzten 5 Jahren mit über 10 neuen Gymnasialgründungen in ganz Bayern unterstützt haben –, aus unserer Sicht ein Weg, der nicht zum Ziel führen kann.

Ich sage ganz deutlich, dass die Forderung nach 8 Jahren für alle pädagogisch genauso überholt ist wie die nach 9 Jahren für alle. Wir müssen deshalb einen Weg einschlagen, der es ermöglicht, dass die jungen Menschen die gymnasiale Bildung ihrer Entwicklung gemäß erfolgreich durchlaufen können. Wenn Sie alle Experten zu Rate ziehen, erfahren Sie, dass die Klärung dieser Frage neben dem Anwachsen der Übertrittsquote auf 40 % die größte Herausforderung ist, weil wir am Gymnasium Kinder und junge Menschen aus Familien mit einem anderen Bildungshintergrund haben, als das früher der Fall war.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Lehrerverbände sollten Sie einmal fragen!)

Wir müssen auf genau diese Kernfrage – das sagen alle, Experten wie Lehrerverbände – eine entsprechende Antwort in Bezug auf eine individuelle Förderung geben. Es sollten also nicht mehr 8 bzw. 9 Jahre für alle sein, sondern es sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, die gymnasiale Schulzeit in einer auf die jeweilige Persönlichkeit zugeschnittenen Zeit zu durchlaufen. Wie Herr Kollege Gehring und die Kollegen der SPD es angemerkt haben, wird der vorliegende Entwurf diesem Anspruch nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. – Es tut mir leid, wir haben nicht erkannt, dass Sie sich gemeldet haben.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

- Also gut, zurückgezogen.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegt der Initiativgesetzentwurf auf der Drucksache 17/13. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 17/519 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen sind an den bekannten Plätzen aufgestellt. Für die Abstimmung sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung kann beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 13.56 bis 14.01 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist um. Ich schließe die namentliche Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt und dem Plenum zur gegebenen Zeit mitgeteilt. – Wir fahren mit der Tagesordnung fort. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch diese Abstimmung ist abgeschlossen. Ich bitte darum, die Stimmen draußen auszuzählen. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor. Dr. Michael Piazolo und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – Wahlfreiheit G 9/G 8" auf Drucksache 17/13, bekannt. Mit Ja haben 17, mit Nein haben 92 Abgeordnete gestimmt. Es gab 54 Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.02.2014 zu Tagesordnungspunkt 2: Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - Wahlfreiheit G 9/G 8 (Drucksache 17/13)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Gehring Thomas			X
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max			
Arnold Horst			X	Glauber Thorsten	X		
Aures Inge			X	Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin			X
Bauer Volker		X		Güller Harald			X
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			X
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartmann Ludwig			X
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim			
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold			X
von Brunn Florian			X	Hiersemann Alexandra			X
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin			X	Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra				Huber Erwin		X	
Dorow Alex		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp			X	Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eck Gerhard		X		Huml Melanie		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina			X	Kamm Christine			X
Felbinger Günther	X			Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette			X
Dr. Förster Linus				Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther			X
Füracker Albert				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha			X
Ganserer Markus			X	Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X	Dr. Kränzlein Herbert		X	X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			X
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			X
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja	X		
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	17	92	54